

Newsletter

2/07
Juni 2007

Gefährdungsbeurteilungen an Schulen

Länder als Arbeitgeber sind gefordert

Beim Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen liegt Einiges im Argen. Die vorgeschriebenen Gefährdungsbeurteilungen lassen vielerorts auf sich warten. Daten werden nicht nach Geschlechtern getrennt erhoben. Bleibt viel zu tun für Personalräte und Frauenbeauftragte.

LehrerInnen gehören zu den Berufsgruppen mit den größten psychischen Belastungen. Auf Männer und Frauen wirken sie sich zudem unterschiedlich aus. Die häufigsten Gründe für Frühpensionierungen bei Lehrerinnen sind Krebs, psychische und Muskelerkrankungen. Bei Lehrern liegen Herz-Kreislauf-Probleme neben Muskelerkrankungen an erster Stelle. Dennoch hinken Schulen beim Arbeitsschutz hinterher. Seit 1996 müssen Arbeitgeber die Gesundheitsgefährdungen an allen Arbeitsplätzen beurteilen, und zwar auch nach psychosozialen Belastungen. Das umfasst Analyse, Maßnahmen und Dokumentation. An den Schulen gab es dafür jahrelang keine Instrumente. Die Länder scheuten Aufwand und Kosten. vielerorts mussten erst die Personalräte auf Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes drängen.

Psychosoziale Belastungen an Schulen werden mit einem Fragebogen oder in Interviews erhoben. Die Analysen liefern wertvolle Daten, mit denen Personalräte und Betriebsärzte arbeiten können. Die drei am

häufigsten genannten Belastungen sind schwierige SchülerInnen, hohe Unterrichtsverpflichtung und fehlende Unterstützungssysteme. Auch die Lärmbelastung nimmt zu. An Hamburger Schulen haben die Gefährdungsbeurteilungen erkennbare Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu Tage gefördert. Demnach fühlen sich Frauen stärker belastet als Männer. Teilzeitkräfte sind subjektiv nicht weniger beeinträchtigt als Vollzeitkräfte. Auch Einstellungen und Verhalten gegenüber der eigenen Gesundheit sind geschlechtstypisch. Die hohe Unterrichtsverpflichtung kann nur auf politischem Wege verändert werden. Die wichtigsten Ansatzpunkte zum Gesundheitsschutz an den Schulen sind Coaching, Supervision, Fortbildung im Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern, Zeitmanagement und Teamentwicklung.

Natürlich ist der Arbeitgeber gefordert. Aber Lehrkräfte müssen auch eigenverantwortlich handeln und initiativ werden. Personalräte, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung oder die Betriebsärzte bieten kollegiale und persönliche Unterstützung.

Hannelore Reich-Gerick

Leiterin des Projekts zur Gesundheitsförderung durch Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz Schule (Progress)

hannelore.reich-gerick@bbs.hamburg.de;

Tel. 040 42863-6205

Gefährdungsbeurteilungen an Schulen

Inhalt:

Fragebogen im Pretest

Zweistufiges Verfahren
Seite 2

Rechtsgutachten zum Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen

GEW-Forderungen
Seite 3

Seminare (nicht nur) zum Arbeits- und Gesundheitsschutz

Lesetipps
Seite 4

Impressum

Herausgeber:

GEW-Hauptvorstand

Ulf Rödde (v.i.S.d.P.);

Vorstandsbereich Frauenpolitik,

verantwortlich: Anne Jenter

Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt,

Tel.: 069-78973-304, Fax: -103

E-Mail: sekretariat.frauenpolitik@gew.de

Redaktion:

Medienbüro Dorothee Beck, Frankfurt

Gestaltung: Jana Roth artconcept

**Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft**



Thema **Gefährdungsbeurteilungen an Schulen**

Kongress Frauen und Schule: Gesundheit und Alter

Veranstaltungen zu den Themen Gesundheit und Alter waren beim 14. Bundeskongress „Frauen und Schule“ am 19. bis 21. April in Potsdam stark nachgefragt.

LehrerInnen beklagen Überlastung und Zeitdruck, Rückzugsräume fehlen, vor allem an Ganztagschulen. Teamarbeit, verändertes Zeitmanagement, aktive Entspannung und individuelle Lösungen sollen Entlastung bringen. Veränderungen der vergangenen Jahre haben neue strukturelle Belastungen gebracht. Vergleichsarbeiten und das schriftliche Fixieren von ausführlichen Förderplänen verlangen eine neue Form von Unterrichtsmanagement. Die Einführung zahlreicher Neuerungen wird nicht begleitet. Stattdessen wird der Druck von unten durch höhere Klassenfrequenzen und mehr „schwierigen“ Kinder, von oben durch Zeit- und Aufgabendruck erhöht.

Veränderungen sind nicht nur innerhalb der Schulen gefragt. Vielmehr müssen diese Zusammenhänge auch nach oben deutlich gemacht werden. Auf einen hohen Krankenstand mit einer höheren Vertretungsverpflichtung für die Gesunden zu reagieren, bringt keine Lösung, sondern schafft weitere Probleme.

„Die Mängel von heute sind die Verbesserungen von morgen“, lautete der optimistische Untertitel eines Workshops beim Kongress „Frauen und Schule“. Die Teilnehmerinnen wollen daran arbeiten.

Zum Kongress erscheint im Herbst eine Dokumentation. Näheres unter:
www.frauen-und-schule.de

Fragebogen im Pretest

An 20 Schulen im Kreis Ludwigsburg wurde im vergangenen Jahr eine weiterentwickelte Version des COP-SOQ-Fragebogens (Copenhagen Psychosocial Questionnaire) zur Gefährdungsbeurteilung getestet, ergänzt um Fragen nach schulspezifischen Belastungen: etwa gemeinsame pädagogische Fragestellungen, Störungen im Unterricht, Lärm, Erholung, Verhältnis zu den Eltern, materielle Ausstattung und fachliche Unterstützung.

Barbara Hauser, die Vorsitzende des Personalrats für Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen in Ludwigsburg, hebt die Vorteile des Fragebogens hervor: Er kann in 30 Minuten online ausgefüllt werden und gibt sofort Auskunft über die eigenen Ergebnisse im Vergleich zu allen Befragten – allerdings nicht geschlechterspezifisch. Jede Schule erhielt zudem einen Bericht mit einem Vergleich zum Durchschnitt der gleichen Schulart. So konnten die Kollegien ablesen, wo sie gut und wo sie schlecht liegen, und über Lösungen diskutieren.

Zweistufiges Verfahren

An zehn Schulen im Regierungsbezirk Münster hat das Berufsforschungs- und -beratungsinstitut für interdisziplinäre Technikgestaltung (BIT) in Bochum das zweistufige BAAM-Verfahren („Beurteilung von Arbeitsinhalten, Arbeitsorganisation, Mitarbeiterführung und sozialen Beziehungen“) getestet. Zunächst werden in einem umfangreichen Fragebogen einzelne Aspekte zu Arbeitsplatz und Person, zu Arbeitsinhalten, -umgebung und zu Arbeitsmitteln, zu Arbeitsorganisation, Mitarbeiterführung und sozialen Beziehungen, zu Gesundheitsbeschwerden und zur Zielerreichung er-

Teilweise liegt Abhilfe in der Hand der Schulen, etwa beim Führungsstil, der Kommunikation oder Transparenz von Organisationsabläufen. Andere Dinge hängen am Geld. So wurden Fachkräfte für Arbeitssicherheit nur in der Projektphase finanziert. Im Alltag müssen die Schulen allein zurecht kommen. Auch die wenigen Schulen mit Schulpsychologinnen oder -sozialarbeitern schnitten besser ab. Barbara Hauser sagt: „Hier sind politische Aktionen der GEW-Mitglieder gefragt.“

Der Pretest in Ludwigsburg bereitet die flächendeckende Anwendung in Baden-Württemberg vor. Auf Landesebene stimmen die Hauptpersonalräte derzeit mit dem Kultusministerium ein Rahmenkonzept zum Arbeits- und Gesundheitsschutz an den Schulen ab. Die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Barbara Haas ist guten Mutes, dass es „noch in diesem Jahr in die Fläche geht“.

www.copsoq.de

www.gew-bw.de/PM_3007_Arbeitschutz.html

fragt. Diejenigen Kriterien, die bei einem großen Teil der Befragten kritisch sind, werden in einer Detailanalyse genauer beleuchtet. Eine moderierte Gesprächsrunde geht den Belastungen auf den Grund und entwickelt Lösungsideen, die den Entscheidungsträgern vorgelegt werden.

Die Evaluation liegt bei der Landesanstalt für Arbeitsschutz. Ergebnisse der Studie sind bisher noch nicht veröffentlicht.

www.bit-bochum.de/BIT/angebot/Sachverstand/Gesundheitsschutz/BAAM.php

Rechtslage gut, Praxis ungenügend

Ein Gutachten bekräftigt die Verantwortung der Bundesländer beim Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen. Für Änderungen könnten Personalräte mit ihrem Initiativrecht sorgen.

Dem Arbeitsschutz an Schulen stellen die Professor Dr. Wolfhard Kohte und Dr. Ulrich Faber in einem Rechtsgutachten zum Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen im Auftrag der Hans-Böckler- und der Max-Traeger-Stiftung ein denkbar schlechtes Zeugnis aus. Die Mehrzahl der Länder bleiben hinter den gesetzlichen Anforderungen zurück. Solange die Aufsichtsbehörden nicht tätig werden, seien Änderungen nur durch das Initiativrecht der Personalräte zu erwarten, so Kohte und Faber.

Teilweise lehnen die Länder ihre Verantwortung für die Arbeitsschutzorganisation ab, weil es sich um Aufgaben der kommunalen Schulträger handele. Die Gutachter halten diese Auffassung für unvereinbar sowohl mit deutschem als auch mit EU-Recht. Auch am Haushaltsrecht dürfe der Aufbau einer Arbeitsschutzorganisation und

die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung von gesundheitlichen Beeinträchtigungen nicht scheitern. Haushaltsrecht könne gesetzliche Pflichten nicht verringern.

Zudem sind Beamtinnen und Beamte von der Arbeit der Sicherheitsbeauftragten nach wie vor ausgeschlossen, obwohl das Arbeitsschutzgesetz auch für sie gilt.

Regelmäßige Gefährdungsbeurteilungen der physischen und psychischen Belastungen sind seit 1996 Pflicht. Sie müssen dokumentiert, den Beschäftigten zur Kenntnis gegeben und im Arbeitsschutzausschuss beraten werden. Doch kommt bisher nur eine Minderheit der Schulen dieser Pflicht nach.

Das Gutachten „Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen“ von Prof. Dr. Wolfhard Kohte und Dr. Ulrich Faber: www.gew.de/GEW_Gute_Schule_braucht_gesunde_Lehrkraefte.html

GEW-Forderungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz

- Lärmampeln und bauliche Lärmdämmung.
- Bessere hygienischen Verhältnisse.
- Coaching- und Supervisionsgruppen mit professioneller Anleitung bei sozialen Konflikten, in schwierigen Beziehungssituationen und bei Stress.
- Fortbildungen zu Entspannungstechniken, Zeitmanagement, Teamentwicklung, Kommunikationstechniken und Konfliktlösestrategien während der Arbeitszeit.
- LehrerInnen müssen an der Gestaltung der Pausen- und Stunden-

pläne beteiligt werden. Abläufe und Zuständigkeiten müssen transparent und effektiv sein. Eine gute Feedback-Kultur, Team- und Personalentwicklung gehören ebenfalls dazu

- Männer und Frauen erleben und verarbeiten gesundheitliche Belastungen unterschiedlich. Deswegen müssen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte an Schulen darauf achten, dass Gefährdungsbeurteilungen und daraus folgende Aktivitäten geschlechtersensibel angelegt sind.
- Maßnahmen zur Beseitigung gesundheitlicher Beeinträchtigungen dürfen nicht zu zusätzlichen Belastungen führen.

Lärm und akustische Ergonomie an Schulen

Mit der Lärmbelastung an Schulen befassen sich eine Studie und eine Handlungsanleitung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA). Denn vier von fünf LehrerInnen nennen Lärm als einen wesentlichen Belastungsfaktor.

Für die Studie wurden in zwei Schulen der Zusammenhang zwischen Arbeitsformen, Kommunikationsverhalten und Akustik und die daraus resultierenden Belastungen für LehrerInnen analysiert. Besonderes Augenmerk galt der Trend weg vom lehrerzentrierten Frontalunterricht hin zu moderneren Gesprächs- und Arbeitssituationen, die jedoch – wie zum Beispiel Gruppenarbeit – den Geräuschpegel erhöhen. Markus Oberdörster und Gerhart Tiesler belegen, dass eine bessere Raumakustik den Lärmpegel senkt, das Sozialverhalten der SchülerInnen verbessert und die Lehrkraft weniger beansprucht wird.

Markus Oberdörster, Gerhart Tiesler: Akustische Ergonomie an Schulen. BAUA-Forschungsbericht 1071, Wirtschaftsverlag NW, Bremerhaven 2006, 19 Euro.

Die gleichen Autoren geben in der BAUA-Broschüre „Lärm in Bildungsstätten“ praktische Hinweise, wie die Raumakustik verbessert werden kann. Alle wesentlichen Parameter werden analysiert: Lärmquellen, Schüllärm und Pädagogik und physikalische Besonderheiten an Schulen. Die wesentlichen raumakustischen Parameter werden benannt und Vorschläge zu deren Optimierung gemacht.

Die Broschüre gibt es kostenlos im Internet: www.baua.de

Meldungen

Literaturtipps

GEW (Hrsg.): Eine Schule für Mädchen und Jungen.

Praxishilfe mit Unterrichtsentwürfen für eine geschlechtergerechte Bildung. Studie im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung, erstellt von Prof. Dr. Friederike Heinzl, Rabea Henze und Sabine Klomfaß an der Universität Kassel

www.gew.de/Publikationen_des_Vorstandsbereiches_Frauenpolitik.html

Christine Biermann: Wie kommt Neues in die Schule?

Individuelle und organisationale Bedingungen nachhaltiger Schulentwicklung am Beispiel Geschlecht.

Juventa Verlag Weinheim und München 2007, 26 Euro.

Innovatives Handeln von Lehrkräften, dargestellt und analysiert anhand von zwei Fallstudien, die aus vier Berufsbiografien und einem Organisationsporträt der Schule bestehen.

Prof. Dr. Kirsten Scheiwe (Hrsg.): Soziale Sicherungsmodelle revisited.

Existenzsicherung durch Sozial- und Familienrecht und Geschlechterdimensionen.

Nomos Baden-Baden 2007, 29 Euro.

Wie haben sich die Leitmodelle der Existenzsicherung durch Sozial- und Familienrecht verändert? Inwieweit wurde das Ziel der eigenständigen sozialen Sicherung von Frauen unabhängig vom traditionellen „Versorgermodell“ erreicht? Kann das Familienrecht sozial sichernd wirken? Welcher Reformbedarf besteht? Diese Fragen werden aus rechts- und sozialwissenschaftlicher Perspektive untersucht.

Seminare (nicht nur) zum Arbeits- und Gesundheitsschutz

Hessen / Baden Württemberg

Wie bleibe ich bei Stimme?

Atem- und Stimmtraining für eine ökonomische Stimme, die dem Dauereinsatz im Alltag standhält. Referentin: Frohmut Knie, Stimmlehrerin.

Hessen: 01.–02.06.07, Frankfurt · www.lea-bildung.de · Baden-Württemberg: Samstag, 16.06.07, Aalen · www.gew-bw.de/bildungsprogramm_2.html

Berlin

Sie haben gut reden

Klang und Wirkung der eigenen Stimme wahrnehmen, sprechend Kraft und Präsenz entwickeln, mit der eigenen Sprechweise den Verlauf des Unterrichts bzw. des Gruppengeschehens positiv beeinflussen. Referentin: Margarete Seyd, Atem-, Sprech- und Stimmlehrerin. 05.06.07, Geschäftsstelle der GEW Berlin

www.gew-berlin.de/6569.htm

Hamburg / Schleswig-Holstein

50 plus – Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?

Seminar zur Burn-Out-Vorbeugung für ältere Kolleginnen und Kollegen.

28.–29.06.07, Dersau · www.gew-hamburg.de (Bildungs-Flyer zum Herunterladen) · www.gew-sh.de/wDeutsch/pdf/seminare.pdf

Nordrhein-Westfalen

Rhetorik für Frauen – Reden ist Handeln durch Sprechen

Elemente der Rhetorik, situationsgerechtes sprachliches Formulieren, Atem und Stimme, aktives Zuhören, Umgang mit Unsicherheit. Referentin: Katja Dittmar.

17.–18.08.07, Essen · katharina.kaminski@gew-nrw.de

Fit für die Gleichstellung in der Schule

Gesetzliche Grundlagen der Ansprechpartnerinnen in der Schule. Referentinnen: Ute Lorenz, Hannelore Gieseke, Rita Hundt-Meyring, Monika Kirfel.

10.09.07, Bochum · katharina.kaminski@gew-nrw.de

Zum Schluss ...



Karikatur: ©Katja Rosenberg